



N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

25. Januar 2011

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm, Herbold

Es fehlten als entschuldigt: Hans Peter **Jelinek**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 17. Januar 2011 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 21. Januar 2011 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 7. Dezember 2010

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 7. Dezember 2010 zu.

Abstimmung: 14 Ja

02. Vorstellung der Plankonzeption für die Platzgestaltung im Stadtteil Helmhof

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP Herrn Werner Martin vom gleichnamigen Ingenieurbüro in Reichartshausen recht herzlich und erwähnt, dass das Ingenieurbüro schon derzeit mit den Kanal- und Straßenbauarbeiten in der Forststraße in Helmhof beauftragt ist. Nunmehr ist vorgesehen, die Platzgestaltung noch vor dem 300-jährigen Jubiläum des Stadtteils Helmhof vorzunehmen. Bereits vor einigen Jahren gab es eine Initiative von Helmhöfer Bürgern, um diesen Platz neu zu gestalten. Diese stieß aber auf wenig Resonanz und Gegenliebe. Deshalb hat sich die Verwaltung die Planung zusammen mit dem Ingenieurbüro Martin neu vorgenommen.

Herr Werner Martin stellt anhand einer Bildpräsentation den derzeitigen IST-Zustand vor. Hierbei geht er vor allem auf den schlechten Zustand der Straße (Steinigter Bergweg), die zu spitzwinklige Ausfahrt aus dem Parkplatzbereich in Richtung Neckarbischofsheim und den schmalen Gehwegbereich beim Busausstieg in Richtung Untergimpfern ein.

Die Vorgabe der Verwaltung zur Erarbeitung einer neuen Konzeption bezog sich auf vier Bereiche: das Parken auf dem Platz, eine reine Platzfläche für Feste (Schausteller sollen komplette Parkfläche nutzen können), Rückbau des Anliegerweges und die Neuanlage der Bushaltestellen mit Errichtung einer Überquerungshilfe auf der Wimpfener Straße.

Herr Martin stellt den Plan für die Neugestaltung des Platzes vor und erläutert diesen ausführlich. So soll die Busbucht zurückgebaut werden, damit der Bus künftig auf der Fahrbahn hält. Die Aufstellfläche für die Fahrgäste wird auf beiden Seiten der Wimpfener Straße auf zwei Meter verbreitert. Durch die vorgesehene Überquerungshilfe soll kein Fahrzeug dann am Bus vorbeifahren können, so dass die Fahrgäste sicher die Straße überqueren können. Die Errichtung der Querungshilfe wurde bereits mit der Straßenverkehrsbehörde, der Straßenbauverwaltung und der Polizei bei einem Ortstermin abgestimmt. Außerdem ist dieser Bauabschnitt so gestaltet, dass dieser nicht zusammen mit der Platzgestaltung erfolgen muss, gerade auch im Hinblick auf die anstehenden Festlichkeiten im September bzw. die finanzielle Lage der Stadt Neckarbischofsheim.

Die Zugänge vom Parkplatz zu den neuen Buswartehäuschen werden zwei Meter breit gestaltet. Der Platz erhält neun markierte Parkplätze, wobei ein Platz für behinderte Fahrzeugführer ausgewiesen wird. Die Einfahrt von Neckarbischofsheim kommend wird neu gestaltet (rechtwinklig) und erhält auf der linken Seite eine größere Grünfläche, die nicht beparkt werden kann. Im südlichen Teil des Parkplatzes wird eine Rundfläche angelegt, die den eigentlichen Festplatz beinhaltet. Außerdem ist geplant, die Zufahrt von der Forststraße in den Steinigten Bergweg mit Absperrpollern zu verhindern.

Geplant ist ebenfalls, vor der ehemaligen Gaststätte „Darmstädter Hof“ den dort vorhandenen Brunnen wieder zu aktivieren. Allerdings müssen hier noch die Eigentümer angesprochen werden. Zum Ende seiner Ausführungen erläutert Herr Martin noch den Regelquerschnitt zum Straßenausbau (Pflasterung, Bituminierung, Anlegung Grünflächen).

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob auch Arbeiten an der Kanalisation durchgeführt werden müssen. Hierzu teilt Bürgermeister Vogt mit, dass die Hausanschlüsse bereits bis zur Wimpfener Straße durchgezogen wurden, bei der Neugestaltung des Platzes somit lediglich noch ein Kanal (DIN 300) eingebracht werden muss, um das Regenwasser (Straßenentwässerung) abzuleiten.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, wie hoch die Baukosten für die zwei geplanten Bauabschnitte (Platzgestaltung und Querungshilfe) sind.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass für den ersten Bauabschnitt Kosten in Höhe von 170.000,00 € ermittelt wurden. Darin sind allerdings alle Kosten für die Platzgestaltung mit Straßenentwässerung und Straßenbeleuchtung beinhaltet. Die Querungshilfe und Fahrbahnverbreiterung auf der Wimpfener Straße wurden noch nicht kalkuliert, da die Stadt Neckarbischofsheim davon ausgeht, dass dies von der Straßenbauverwaltung des Landes Baden-Württemberg finanziert wird.

So zumindest hat es Bürgermeister Vogt beim Ortstermin mit den Fachbehörden am 18. Januar 2011 verstanden, da es sich um eine Landesstraße handelt. Im Übrigen wurde der Stadt Neckarbischofsheim bei diesem Termin nahe gelegt, mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe in Kontakt zu treten, damit diese die Querungshilfe für dieses Jahr noch einplanen. Im Übrigen hat sich die Verwaltung mit der Kostenschätzung schwer getan, weil man nicht im Detail weiß, was auf die Stadt Neckarbischofsheim zukommt. In Absprache mit den beiden Helmhöfer Stadträten Rüdiger Knapp und Gerold Rossel war man sich einig, dass die Platzgestaltung so durchgeführt und vorbereitet wird, dass die Querungshilfe auch später gebaut werden kann. Ist die neue Platzgestaltung erst einmal fertig, werden in den nächsten 30 Jahren sicherlich keine Maßnahmen dort mehr vorgenommen werden müssen.

Zur Durchführung der vorgestellten Maßnahme ist ein Ausgleichstockzuschuss notwendig, wobei Bürgermeister Vogt hierzu unter TOP 3 (Beratung des Haushaltsplanentwurfs) noch einige Ausführungen machen wird. Ohne den Zuschuss aus dem Ausgleichstock ist die Maßnahme nicht finanzierbar. Im Moment ist die Verwaltung mit dem Kommunalrechtsamt beim Landratsamt und mit dem Ausgleichstock im Gespräch, wie die finanzielle Abwicklung möglich ist, damit die Platzgestaltung bis zum Jubiläum im September abgeschlossen werden kann. Sollte die Stadt Neckarbischofsheim keine rechtzeitige Bewilligung und Baufreigabe vom Ausgleichstock bekommen, soll zumindest bis zum September der schlechte Teil der Straße in Ordnung gebracht werden, ohne dabei die künftige Gestaltung des Platzes zu behindern. Wichtig ist es Bürgermeister Vogt, dass für das 300-jährige Jubiläum des Stadtteils Helmhof die Straße in Ordnung gebracht wird und der Platz nutzbar ist.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, mit wie viel Prozent die Verwaltung den Ausgleichstockzuschuss angesetzt hat. Hierzu teilt ihr Bürgermeister Vogt mit, dass der Zuschuss in Höhe von 70% (119.000,00 €) im Haushalt eingestellt ist.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, ob die jetzige Bushaltestelle in Richtung Neckarbischofsheim mit der Platzgestaltung zurückgebaut wird. Dies wird ihm von Herrn Martin bestätigt.

Bürgermeister Vogt erläutert, dass die Verkehrsbehörden seit längerer Zeit dazu übergehen, alle vorhandenen Busbuchten wieder zurückzubauen, so dass die Busse wieder auf der Straße anhalten müssen. Zusammen mit einer Querungshilfe ergibt sich dadurch eine größere Verkehrssicherheit für die Fußgänger. Sicherlich wird es den ein oder anderen Kraftfahrzeugführer geben, der dann versieht, auf der falschen Seite der Querungshilfe am stehenden Bus vorbeizufahren, um keine größere Wartezeit hinter dem Bus zu haben. Im Übrigen soll die Querungshilfe so ausgestaltet sein, wie sie bereits beim Seniorenzentrum Kapplersgärten in der Flinsbacher Straße in Neckarbischofsheim vorzufinden ist.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob die Bushaltestelle trotzdem umgestaltet wird, auch wenn die Finanzierung der Querungshilfe nicht gewährleistet ist. Dies wird ihr von Herrn Martin bestätigt.

Stadtrat Thomas Mayer bittet um Auskunft, ob die Eigentümer der angrenzenden Grundstück im Steinigten Bergweg bereit sind, ein Teil ihrer Grundstücke für den neuen Gehweg abzugeben. Des Weiteren fragt er nach, wie es mit der Bereitschaft der Grundstückseigentümer aussieht, den alten Brunnen wieder nutzbar zu machen. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass nicht viel Fläche benötigt wird, da die privaten Grundstücke sich ohnehin an der Hinterkante der Straße befinden. Mit dem Grundstückseigentümer, auf dessen Gelände sich der Brunnen befindet ist noch zu reden.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob in der vorgestellten Maßnahme vorgesehen ist, zwei neue Wartehäuschen an den Haltestellen aufzustellen. Bürgermeister Vogt bestätigt die Anfrage und teilt mit, dass die angrenzenden Flächen entlang des Gehwegs in Richtung Untergimpern der Stadt Neckarbischofsheim gehören und somit keine Probleme bei der Verbreiterung des Gehwegs auf zwei Meter und bei der Aufstellung der Wartehäuschen entstehen werden.

Stadträtin Karin Bender möchte noch wissen, wie hoch die Kosten für die Abwasserbeseitigung im Rahmen der Maßnahme sind. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass in den vorgestellten Kosten in Höhe von 170.000,00 € alle ausgeführten Maßnahmen, außer dem Erwerb der privaten Grundstücksflächen, beinhaltet sind. Im Übrigen möchte er die Planung den Helmhöfer Bürgerinnen und Bürgern nochmals bei einem Besprechungstermin zum 300-jährigen Jubiläum vorstellen, da noch genügend Zeit vorhanden ist, um die Angelegenheit anzugehen.

Stadträtin Karin Bender findet es legitim auf Grund der derzeit schlechten finanziellen Lage nachzufragen, ob Abstriche bei der Planung gemacht werden können, um weitere Kosten einzusparen. Herr Martin stellt fest, dass die Vorgaben der Verwaltung durch sein Ingenieurbüro eingehalten wurden und keine Einsparmöglichkeiten mehr möglich sind, schließlich soll die Gestaltung des Platzes ja noch etwas darstellen.

Bürgermeister Vogt fügt hinzu, dass ein moderater Ausbau des Platzes vorgesehen ist, wobei darauf geachtet wurde, dass die Neugestaltung kostengünstig erfolgt. Einsparungen können eventuell bei den Pflasterarbeiten und bei den Arbeiten am Brunnen erfolgen. Da die Straßenentwässerung zum Straßenbau zählt, können hier die Kosten über den Ausgleichstock als Zuschuss beantragt werden.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob die vorgesehenen Pflastersteine beschädigt werden können, wenn größere Fahrzeuge, bspw. landwirtschaftliche Fahrzeuge, drüberfahren. Herr Martin verneint dies, da in diesem Bereich kein ständiger Schwerlastverkehr erfolgt.

Stadtrat Norbert Benz bemerkt, dass das Projekt der Platzgestaltung noch in diesem Jahr vorgenommen werden muss, da der Gemeinderat dies den Helmhöfer Bürgerinnen und Bürger schuldig ist. Er hofft deshalb, dass die Maßnahme einigermaßen finanziell in die Reihe gebracht wird.

Bürgermeister Vogt fügt hinzu, dass es auch das Ziel der Verwaltung ist, die Platzgestaltung so vorzunehmen, dass sie finanziell durchführbar ist.

Herr Martin führt aus, dass es für ihn wichtig ist, Planungssicherheit zu haben, da derzeit die Auskofferung für die Arbeiten zum Anschluss der Wimpfener Straße an die Forststraße anstehen, die von der Fa. Naumann durchzuführen sind. Sollte hier keine Einigkeit bestehen, können die notwendigen Arbeiten nicht nach der vorliegenden Planung für die Platzgestaltung vorgenommen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der vorgestellten Planung und Kostenschätzung zur Platzgestaltung im Stadtteil Helmhof zu.

Abstimmung: 13 Ja 1 Enthaltung

03. Beratung über den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2011

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass nachdem der Haushaltsplanentwurf 2011 in der Dezember-Sitzung im Gemeinderat eingebracht wurde, alle Beteiligten wissen, dass der Haushalt 2011 einer der schwierigsten Pläne darstellt, die der Gemeinderat in den letzten Jahren zu verabschieden hatten. Auch für ihn, der seit mittlerweile 30 Jahre für den Haushalt der Stadt Neckarbischofsheim zuständig ist, ist es bisher der schwierigste Haushalt.

In den letzten Wochen hat Bürgermeister Vogt zahlreiche Gespräche mit dem Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, dem Landrat Stefan Dallinger und dem Ausgleichstock beim Regierungspräsidium Karlsruhe geführt. Diese Gespräche waren für ihn aber wenig erbaulich. Er geht noch einmal auf die Rahmenbedingungen ein, die der Haushalt 2011 mit sich bringt. Da ist zuerst das Defizit im Verwaltungshaushalt (VwHH), das 292.000,00 € beträgt. Die konjunkturellen Einbrüche aus den Jahren 2009 und 2010 schlagen sich durch die geringeren Finanzaufweisungen und verminderten Steuereinnahmen voll auf den diesjährigen Haushalt nieder. Im ausgewiesenen Defizit sind auch keine üppigen Geschenke, die an die Bürgerinnen und Bürger verteilt werden konnten.

Die Verwaltung hat in den letzten Tagen verschiedene Varianten für den Vermögenshaushalt (VmHH) durchgespielt, um auszuloten, welche Zuschüsse über den Ausgleichstock möglich sind. Allerdings war das Gespräch beim Ausgleichstock sehr enttäuschend. Bürgermeister Vogt ist noch nie von dort heimgefahren, ohne dass er von den zuständigen Personen einen Ansatzpunkt erhielt, wie man mit dem Haushaltsplan weiter umgehen kann.

Deshalb erfolgte am heutigen Tag ein weiteres Gespräch beim Kommunalrechtsamt des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis, aus der auch die neue Tischvorlage für den Gemeinderat resultiert. Alle bisherigen Varianten des VmHH, die der Gemeinderat erhielt sind somit gegenstandslos. Maßgeblich für die Diskussion des Planentwurfs ist nun die vorliegende Kurzfassung, in der die geplanten Investitionen mit einem Ausgleichstockzuschuss in Höhe von 70 Prozent veranschlagt sind. Für Bürgermeister Vogt ist es das Ziel, diese 70-prozentige Förderung auch zu erhalten.

Wichtig für den städtischen Haushalt ist es zudem, eine Nachförderung für den Bau der Mensa in Höhe der veranschlagten 163.000,00 € zu erhalten, da das Gymnasium für eine 4.000-Einwohner-Gemeinde eine unheimliche Belastung darstellt und der Stadt Neckarbischofsheim allmählich den Kragen zudreht. Bisher wurde im Gemeinderat lediglich darüber geredet, dass das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium die Stadt Neckarbischofsheim belastet, aber nie wie hoch die finanziellen Auswirkung ist. Deshalb erhält der Gemeinderat eine Investitionsübersicht für die Jahre 1999 bis 2007.

In diesem Zeitraum wurden Investitionen in Höhe von 6.943.785,84 € getätigt. Der Zuschuss hierfür betrug 5.218.551,35 €. Der städtische Anteil an den Finanzierungskosten betrug demnach 1.725.234,48 €. Hierfür wurden Kredite in Höhe von 1.293.580,82 € aufgenommen. Die noch nicht abgerechneten Maßnahmen für die Jahre 2008 bis 2010 belaufen sich auf 1.242.000,00 €, wobei hierfür ein Darlehensanteil in Höhe von 603.960,00 € bereitzustellen ist. Die Kredite belaufen sich somit auf 1.897.540,82 €. Bei einer Gesamtverschuldung der Stadt Neckarbischofsheim von derzeit 4,6 Mio. Euro sind dies 41,25 Prozent, die den Investitionen am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium geschuldet sind.

Die Zins und Tilgungsbelastung der Stadt Neckarbischofsheim beträgt jährlich 416.614,43 € für die Gesamtverschuldung. Der Anteil des Adolf-Schmitthenner-Gymnasium an den Zinskosten beläuft sich auf 76.741,32 € und an den Tilgungsleistungen auf 95.717,45 €, somit insgesamt 172.458,77 €.

Die jährlichen Kosten im Verwaltungshaushalt belaufen sich im Zeitraum 1999 bis 2010 auf durchschnittlich 60.000,00 €. In diesem Zeitraum haben sich die Sachkostenbeiträge vom Land Baden-Württemberg um 6,7 Prozent erhöht. Diese Erhöhung gleicht noch nicht einmal die inflationäre Entwicklung in dieser Zeit aus, so dass die Stadt Neckarbischofsheim für das ASG monetär gesehen weniger Geld erhält. Die Bewirtschaftungskosten (Reinigung, Heizung, Strom, Wasser/Abwasser usw.) konnten in dem oben erwähnten Zeitraum auf gleichem Niveau gehalten werden, momentan liegen diese bei 98,7 Prozent (1999 = 100%). Die Stadt Neckarbischofsheim hat es in den vergangenen elf Jahren geschafft, die Bewirtschaftungskosten moderat zu halten. Die Personalkosten konnten sogar um 19 Prozent auf 81 Prozent reduziert werden. Dennoch belastet das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium die Stadt Neckarbischofsheim im Haushalt 2010 mit einem Betrag von rund 100.000,00 €, da zu den vorliegenden Zahlen die Verrechnungskosten für die Leistungen des Bauhofes und die Verrechnung des Hallenbades noch hinzukommen. Wäre die Stadt Neckarbischofsheim in den vergangenen Jahren nicht sparsam mit den vorhandenen Mitteln umgegangen, dann wäre hier ein wesentlich schlechteres Ergebnis herausgekommen. Die Stadt Neckarbischofsheim hat somit ihre Hausaufgaben mehr als erfüllt, was auch vom Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis anerkannt wird. Die finanziellen Probleme der Stadt Neckarbischofsheim sind nicht hausgemacht, sondern wurden durch die starke finanzielle Belastung durch das Gymnasium gemacht.

Problematisch sind auch die Sachkostenbeiträge durch das Land Baden-Württemberg zu sehen. Nachdem das Land die Ganztageschule (G8) nur als Modellversuch gestartet hat, müssen die Kosten nicht in die Berechnung für die Sachkostenbeiträge einfließen. Sollte der Modellversuch zum Abschluss gebracht und das G8 für immer in Baden-Württemberg eingerichtet werden, dann greift das so genannte Konnexitätsprinzip „Wer bestellt bezahlt“. Hier hat sich das Land aus seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen herausgewunden.

Eine weitere Aufstellung, die Bürgermeister Vogt dem Gemeinderat vorlegt bezieht sich auf die Betreuung der Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren. Hierbei zeigt die Verwaltung auf, wie die Stadt Neckarbischofsheim in den vergangenen Jahren durch die Kinderbetreuung erheblich belastet wurde. Vor der Gesetzesänderung zum Tagesbetreuungsausbaugesetz hatte die Stadt Neckarbischofsheim jährliche Aufwendungen in Höhe von 29.000,00 €, nach Inkrafttreten des Gesetzes 59.000,00 €. Diese Zahlen machen deutlich, wie die Städte und Gemeinden immer mehr von außen bestimmt werden. Bürgermeister Vogt würde gerne die kommunale Selbstverwaltung hoch halten, allerdings erhält die Stadt Neckarbischofsheim für diese Selbstverwaltungsaufgaben die notwendigen Mittel nicht mehr zugewiesen.

Die vorliegende Tischvorlage für den Vermögenshaushalt ist nunmehr eine Aufstellung der Planung, wie sie aus dem heutigen Gespräch mit dem Kommunalrechtsamt abgestimmt wurde. Die „geschönten“ Planzahlen wurden vom Kommunalrechtsamt nicht anerkannt, somit beträgt das Defizit im VwHH weiterhin 292.000,00 €, im VmHH ist ein Fehlbetrag in Höhe von 486.500,00 € auszuweisen. Die gesetzlichen Bestimmungen besagen nun, dass ein Haushalt mit einem Defizit nicht verabschiedet werden kann.

Das Gesetz verbietet des Weiteren, Kredite zur Finanzierung von Zins- und Tilgungsleistungen aufzunehmen. Zusammen mit dem Landratsamt wurde deshalb vereinbart, dass der Kommunalaufsicht der Haushalt 2011 mit der Ausweisung eines Fehlbetrags vorgelegt wird. Das Kommunalrechtsamt muss nun zusammen mit dem Ausgleichstock beraten, welche Möglichkeiten es gibt, über weitere Zuschüsse den Haushalt auszugleichen. Im ersten Gespräch war der Ausgleichstock hierzu nicht zu bewegen. Vielmehr wurde Bürgermeister Vogt mitgeteilt, dass die Probleme die die Stadt Neckarbischofsheim hat, nicht die Probleme des Ausgleichstocks sind. Was den zuständigen Personen an diesem Tag „quer gelegen“ ist, kann er nicht beurteilen.

Im Moment ist Bürgermeister Vogt auch auf der politischen Schiene unterwegs, um wegen der hohen Belastung durch das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium eine zusätzliche Förderung über das Land Baden-Württemberg zu erhalten. Er gibt deshalb die Hoffnung nicht auf, dass das Land endlich die Aufwendungen der Stadt Neckarbischofsheim für das ASG anerkennt und weitere Mittel bewilligt.

Auch wenn die Stadt Neckarbischofsheim auf alle geplanten Investitionen im Haushalt 2011 verzichtet, besteht weiterhin das Defizit in Höhe von 486.500,00 €. Weitere Einsparungen, um dieses Defizit auch nur annähernd auszugleichen, sind im vorliegenden Haushalt nicht vorhanden.

Stadtrat Walter Freudenberger bemerkt, dass die derzeitige finanzielle Situation jedem Gemeinderat bewusst ist. Seiner Meinung nach sollte der Beschluss über den Haushalt 2011 weitere drei Monate hinausgeschoben werden um zu wissen, welche Zuschüsse durch den Ausgleichstock möglich sind. Dem derzeitigen Haushaltsplan kann er deshalb so nicht zustimmen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass wenn die Stadt Neckarbischofsheim ein wirtschaftliches Unternehmen wäre, man zum jetzigen Zeitpunkt einen Antrag auf Konkurs stellen müsste. Die Strategie, die mit dem Kommunalrechtsamt abgestimmt wurde ist, dass der Haushaltsplan diesen Fehlbetrag aufweist, um gegenüber dem Ausgleichstock bessere Argumente für eine weitere Förderung zu haben. Deshalb muss der vorliegende Haushalt 2011 so beschlossen werden.

Dieser Meinung kann sich Stadtrat Freudenberger nicht anschließen und spricht sich dafür aus, den Haushalt nicht zu beschließen, um auch gegenüber den Zuschussgebern ein Zeichen zu setzen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass das Zeichen der Stadt Neckarbischofsheim nun der vorliegende Plan mit einem Defizit von fast einer halben Million darstellt.

Stadtrat Norbert Benz ist nicht gewillt, drei Monate lang über den gleichen Plan zu sprechen, da ohnehin keine Änderungen eintreten werden.

Stadtrat Thomas Mayer fragt an, ob die Überdachung des Tartanplatzes ebenso gestrichen ist. Dies wird ihm von Bürgermeister Vogt bestätigt der bemerkt, dass diese Maßnahme die einzige Maßnahme wäre, die finanzielle Situation der Stadt Neckarbischofsheim zu verbessern. Allerdings gibt es gegen diese Maßnahme Widerstände durch das Landratsamt und den Ausgleichstock, so dass die Aufnahme in den Haushalt 2011 mehr Schaden anrichten würde.

Stadtrat Rüdiger Knapp findet die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise gut, da sie die finanzielle Situation der Stadt Neckarbischofsheim darstellt wie sie derzeit ist. Mit der Darstellung der Aufwendungen für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium in Höhe von 1,9 Mio. Euro veranschaulicht man dies perfekt. Er unterstützt deshalb den Weg der Verwaltung, den Haushalt 2011 so zu verabschieden.

Bürgermeister Vogt bemerkt nochmals, dass die Aufsichtsbehörden anerkannt haben, dass die finanzielle Situation von der Stadt Neckarbischofsheim nicht hausgemacht sind. Allerdings wurde bemängelt, weshalb das Thema Adolf-Schmitthenner-Gymnasium nicht schon früher angegangen wurde.

Stadtrat Peter Haffelder stellt fest, dass er schon lange Kritik an den Kosten des Adolf-Schmitthenner-Gymnasium geäußert hat, weshalb man nun eine Schritt weiter denken muss. Wenn die Stadt Neckarbischofsheim keine weitere finanziellen Hilfe für das Gymnasium erhält muss der Gemeinderat den Mumm aufbringen, das ASG den zuständigen Behörden zu übertragen „Da habt ihr das ASG, macht damit was ihr wollt!“

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass im Schulgesetz eine Regelung verankert ist, dass Kommunen, die Träger eines Gymnasiums mit überregionaler Bedeutung sind (in Neckarbischofsheim mit 86 Prozent auswärtigem Anteil unbestritten), und den Betrieb nicht mehr sicherstellen können, auf Antrag beim Kultusministerium die Anerkennung der überregionalen Bedeutung erhalten können, so dass dann das Gymnasium automatisch an den zuständigen Landkreis als Träger übergeht. Diesen Fall hat es aber bisher im Land Baden-Württemberg nicht gegeben.

Wenn die Kommunen sich aber weiterhin Aufgaben vom Bund und Land ohne finanziellen Ausgleich aufdrücken lassen, dann muss hiergegen interveniert werden. Deshalb benötigt die Stadt Neckarbischofsheim finanzielle Unterstützung und einen fairen Umgang miteinander, damit der Betrieb des Adolf-Schmittthener-Gymnasiums weitergeführt werden kann.

Stadtrat Peter Haffelder empfindet es als eine Frechheit gegenüber den Neckarbischofsheimer Bürgerinnen und Bürgern, welche Ausgaben für das Adolf-Schmittthener-Gymnasium im Gegensatz zur Infrastruktur im Stadtgebiet getätigt werden.

Stadtrat Rüdiger Knapp weist darauf hin, dass die Stadt für die Investitionen am ASG auch viele Zuschüsse erhalten hat.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, welches rechtliche Schlupfloch gefunden wurde, damit die Stadt Neckarbischofsheim entgegen der haushaltsrechtlichen Vorschriften einen Haushalt verabschieden darf, der einen Fehlbetrag aufweist.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass mit dem Kommunalrechtsamt keine juristische, sondern eher eine pragmatische Lösung gefunden wurde. Das Landratsamt besteht darauf einen „ehrlichen“ Haushalt von der Stadt Neckarbischofsheim zu erhalten. Der bisher vorgelegten Planung mit einem ausgeglichenen Haushalt und erhöhten Gewerbesteuererinnahmen konnte die Kommunalaufsicht nicht zustimmen. Die Gesetzmäßigkeit des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs kann vom Kommunalrechtsamt nicht bestätigt werden. Außerdem muss im Haushaltsplan eine 70-prozentige Förderung vom Ausgleichstock ausgewiesen werden, schon allein im Hinblick darauf dem Ausgleichstock zu zeigen, dass die Maßnahmen nicht mit 50 Prozent Zuschuss durchgeführt werden können.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob bei einer 60-prozentigen Förderung durch den Ausgleichstock der Fehlbetrag ansteigt. Bürgermeister Vogt verneint dies, denn durch die Investitionen können mehr Kredite aufgenommen werden, was die Verschuldung der Stadt Neckarbischofsheim wiederum erhöht. Im Übrigen trägt das Landratsamt den vorliegenden Haushalt so mit, wird aber diesen mit einigen Auflagen versehen, so dass bspw. bestimmten Ausgaben im Verwaltungshaushalt nicht getätigt werden, oder Investitionen nicht durchgeführt werden dürfen.

Stadtrat Walter Freudenberger versteht nun die Initiative des Bürgermeisters, dass eine Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg erfolgen muss.

Stadtrat Thomas Mayer bittet um Auskunft, ob eine Möglichkeit besteht, über das Treuhandkonto zur Erschließung des Baugebiets „Eichertstal“ eine bessere finanzielle Situation 2011 zu erreichen.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Kreditrahmen auf dem Treuhandkonto bis Ende des Jahres 2010 auf 800.000,00 € zurückgeführt werden konnte. Die Genehmigung für den Kassenkredit läuft noch bis Oktober 2011, wobei man sich mit dem Landratsamt darauf verständigt hat, den Kassenkredit zu verlängern, da die Grundstücksverkäufe bisher sehr gut gelaufen sind und eine Kostendeckung bis Ende des Jahres 2012 erreicht werden kann. Außerdem ist der Kassenkredit im Moment günstiger als ein langfristiger Kredit.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis schon über Kommunalhaushalte mit einem Fehlbetrag zu entscheiden hatte.

Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass solche Extremsituationen, wie sie derzeit in Neckarbischofsheim herrschen bisher so nicht da gewesen sind. Im Übrigen war die Stadt Neckarbischofsheim in Notlagen immer kreativ, um die finanzielle Talsohle zu durchschreiten. Im Moment herrscht bei Bürgermeister Vogt nur Frust über die derzeitige finanzielle Situation.

Stadtrat Hans Rossel bittet um Auskunft, ob das Landratsamt bei der Stadt Neckarbischofsheim Steuererhöhungen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer) einfordern kann.

Dies verneint Bürgermeister Vogt, da auch das Kommunalrechtsamt der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt Neckarbischofsheim ratlos gegenüber steht, da die eigenen Hausaufgaben gemacht wurden. Alle Gebühren werden kostendeckend erhoben, die Gewerbesteuer wurde bis zum Richtsatz des Ausgleichstocks (340 v.H.) erhöht.

Bei der Grundsteuer liegt die Stadt Neckarbischofsheim mit ihrem Hebesatz an der zweiten Stelle (nach Helmstadt-Bargen). Das Landratsamt anerkennt, dass in der derzeitigen Situation keine Steuererhöhung greifen, da diese sich ohnehin erst in zwei Jahren im Finanzausgleich niederschlagen würden.

Stadträtin Karin Bender möchte wissen, ob das Landratsamt die Schließung des Hallenbades fordern kann.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass auch über dieses Thema bei der Kommunalaufsicht gesprochen wurde. Allerdings handelt es sich hier um eine Sportstätte für die Schulen, die, wenn das Hallenbad geschlossen wird, den Sportunterricht ausfallen lassen müssten. Derzeit finanzieren die Eintrittsgelder die notwendigen Personalkosten im Bereich des öffentlichen Baden. Das Wasser wird aus dem eigenen Brunnen bezogen und an der Heizung lässt sich ebenfalls nichts sparen, da die Heizzentrale ohnehin vorhanden ist. Natürlich kann das Landratsamt fordern, Freiwilligkeitsleistungen zu streichen, allerdings hat die Verwaltung einen Haushalt aufgestellt, mit dem man offen und ehrlich dem Landratsamt gegenüber treten kann.

Bürgermeister Vogt verweist hierzu auf einen Brief vom Pädagogium Neckarbischofsheim, die ihre Jugendarbeit mangels Interesse der Jugend im Kulturhaus Stadthalle einstellen wird. Die veranschlagten Mittel für die offene Jugendarbeit in Höhe von 10.000,00 € werden somit nicht benötigt. Sollte eine offene Jugendarbeit im Laufe des Jahres notwendig werden, würden die NaturFreunde Neckarbischofsheim diese Aufgabe in der Stadthalle übernehmen.

Zum weiteren Prozedere führt Bürgermeister Vogt aus, dass der Haushaltsplanentwurf dem Kommunalrechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis nun so weitergeleitet wird. Die Ausarbeitung des Haushaltsplan erfolgt durch den Stadtkämmerer Harry Hack bis zur Sitzung am 1. März 2011, damit der Gemeinderat dann über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan den Beschluss fassen kann.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

04. Neufestsetzung der Abrechnungssätze für die Beschäftigten im städtischen Bauhof

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Verwaltung die Abrechnungssätze für die Beschäftigten des städtischen Bauhofs immer wieder überprüft. Bei der neuerlichen Änderung geht es lediglich um einen Euro/Stunde.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Anpassung der Stundensätze für die Arbeiter des städtischen Bauhofes zum 1. Februar 2011 wie folgt zu: Bauhofarbeiter 36,00 €, Bauhofleiter 45,00 €, Unimog mit Fahrer 59,00 € und Bagger mit Fahrer 65,00 €.

Abstimmung: 14 Ja

05. Neukalkulation der Bestattungsgebühren

hier: Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung der Stadt Neckarbischofsheim

Bürgermeister Vogt verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Neukalkulation insbesondere von den neu kalkulierten Abrechnungssätzen für die städtischen Beschäftigten im Bauhof abhängig ist.

Zentralstellenleiter Harry Hack verweist auf einen Tippfehler in der Vorlage zum bisherigen Gebührensatz für ein Urnengrab (342,00 € anstatt 242,00 €), so dass hier eine Steigerung der Gebühr nur um 4,00 € (anstatt 104,00 €) erfolgt

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) zu. Die Satzung soll zum 1. Februar 2011 in Kraft treten.

Abstimmung: 14 Ja

06. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2010

hier: Genehmigung der eingegangenen Spenden durch den Gemeinderat

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, die eingegangenen Spenden in Höhe von 23.034,27 € für das Jahr 2010 zu genehmigen. Stadträtin Heike Jacobs fragt nach, für welchen Zweck die Spende der Fa. Benz GmbH & Co.KG der Grundschule überlassen wurde.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es sich hier um die Anschaffung von Materialien für den Technikunterricht handelt. Die so genannten Tech-Boxen, die speziell für den Grundschulunterricht entwickelt wurden sollen über die IHK bezogen werden. In der Anschaffung ist auch die Schulung der Lehrer enthalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die eingegangenen Spenden in Höhe von 23.034,27 € aufgrund der Richtlinien von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2010.

Abstimmung: 14 Ja

07. Bekanntgaben der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 07.12.2010

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Einstellung von Herrn Ümit Kusanc, Reichartshausen, als Verwaltungspraktikant für den Beruf „Bachelor of Arts“ zum 01.09.2011 zu.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Einstellung von Herrn Fabian Ernst, Neckarbischofsheim, als Auszubildender für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten ab 01.09.2011 zu.

08. Bekanntgaben

Eilentscheidung des Bürgermeisters – Beschaffung Klein-LKW

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass in Abstimmung mit den Fraktionssprechern als Ersatz für den kleinen Unimog ein kleiner LKW-Kipper (Baujahr 2001) zum Preis von 2.008,00 € angeschafft wurde. Der Unimog hatte große Probleme mit der Kupplung und kann nicht mehr für die Arbeit im städtischen Bauhof verwendet werden.

Stadtrat Walter Freudenberger ist über diese Eilentscheidung erbost und stellt fest, dass diese Anschaffung eine Angelegenheit des Gemeinderats ist. Er wird diesen Vorfall an das Kommunalrechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis melden, da der Bürgermeister in diesem Fall nicht so hätte handeln dürfen. Im Übrigen wurde der Gemeinderat über den Zustand des alten Unimogs nicht informiert.

Stadtrat Rüdiger Knapp bemerkt, dass er verschiedentlich auf den Kauf des Fahrzeugs angesprochen wurde, weshalb ein kurzes Schreiben der Verwaltung an die Mitglieder des Gemeinderats gereicht hätte, um über den vorgesehenen Ankauf zu informieren. Auch in der Niederschrift des Technikausschusses war hierüber nichts zu lesen. Im Übrigen besteht kein Planansatz im Haushalt für diese Anschaffung, so dass der Gemeinderat zuvor hätte die Informationen erhalten müssen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass er im Vorfeld versucht hat, die Fraktionssitzenden zu erreichen, da die Verwaltung beim Kauf des Fahrzeugs schnell handeln musste. Nach der Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt wurde die Anschaffung mit der Bürgermeister-Stellvertreterin Karin Bender, dem Fraktionsvorsitzenden der FW/SPD-Fraktion Hans Peter Jelinek und Stadtrat Hans Rossel von der CDU/UW-Fraktion abgestimmt.

Eisenbahnbrücke über Flinsbacher Straße

Bürgermeister Vogt verweist auf die technische Beurteilung der Eisenbahnbrücke über die Flinsbacher Straße und stellt fest, dass sich nach Rücksprache mit der SWEG an der Statik der Brücke seit den bisherigen Ausführungen aus dem Jahre 1996 nicht geändert hat. An der Engstelle können keine baulichen Veränderungen vorgenommen werden, außer, die Stadt Neckarbischofsheim baut eine neue Brücke.

Des Weiteren wurden vom 15. bis 22. November 2010 im Bereich vor der Brücke (von Flinsbach kommend) Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Insgesamt wurden in dem Zeitraum 9.300 Fahrzeuge gezählt. Im 30 km/h-Bereich wurden 2.400 Fahrzeuge bis zu 35 km/h gemessen. 5.200 Fahrzeuge bewegten sich im 50 km/h-Bereich und 1.900 Fahrzeuge hatten eine Geschwindigkeit deutlich über 50 km/h. Dabei haben es zwei Verkehrsteilnehmer fertig gebracht, eine Geschwindigkeit von bis zu 100 km/h zu erreichen. Schon allein aus dieser Aufstellung stellt sich für Bürgermeister Vogt nicht mehr die Frage, dass die Engstelle unter der Brücke umgebaut wird. Im Übrigen haben sich die Verkehrsteilnehmer „verbrecherisch“ verhalten, als sie dort mit 100 km/h gemessen wurden.

09. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Erhard Rupprecht führt aus, dass nachdem der Rosenbachweg verbreitert wurde er nun von Hundebesitzern angesprochen wurde, ob entlang des Weges nicht auch eine Hundetoilette aufgestellt werden könnte.

Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf.

Stadtrat Erhard Rupprecht teilt mit, dass jeden Nachmittag (gegen 13 Uhr) zwei Privatpersonen beim Aussteigen der Kinder an der Bushaltestelle im Stadtteil Helmhof die Autos anhalten, damit die Schulkinder die Wimpfener Straße überqueren können. Er bittet hier um Überprüfung der Angelegenheit, und ob die Privatpersonen dies überhaupt tun dürfen.

Bürgermeister Vogt sichert eine Überprüfung zu.

10. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Frau Elli Rupprecht findet es nicht gut, dass die Zufahrt von der Forststraße zum Steinigten Bergweg nach den vorgestellten Planunterlagen künftig nicht mehr möglich ist. Außerdem stellt sie fest, dass über die vorgesehenen Pflastersteine Traktoren fahren, da ihr Anwesen mit Holz beheizt wird.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Zufahrt zum Anwesen von Frau Rupprecht über die Wimpfener Straße erfolgen kann und hier ohnehin eine Änderung der Ein- und Ausfahrt erfolgen wird.

Ein Zuhörer stellt fest, dass ihm die Zufahrt von der Wimpfener Straße in den Steinigten Bergweg zu eng erscheint. Des Weiteren fragt er nach, was für eine Bepflanzung entlang der Wimpfener Straße vorgesehen ist, da es schon jetzt zu Sichtbehinderung kommt. Weiter möchte er wissen, wie der Aufbau der Querungshilfe aussieht.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Planungen einen verkehrsgerechten Ausbau für die Zufahrt zum Steinigten Bergweg vorsehen. Im Bereich der Wimpfener Straße sollen Bäume gepflanzt, und im Bereich der Umspannstation Büsche gesetzt werden. Die Querungshilfen haben einen gewissen Standard, bspw. wie beim Seniorenzentrum Kapplersgärten in der Flinsbacher Straße (Tiefe: 2 m, Länge: 4 m, Höhe entsprechend der Vorgaben). Außerdem wird sich an der Fahrbahnbreite (3,50 m) in der Wimpfener Straße nichts ändern.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: